



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/IX/172 - 4.8.1954.

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 21831-33
Fernschreiber 039890

Zu einem Antrag der DP	S. 1
Neuer Skandal in Italien	S. 3
Vor 85 Jahren: Eisenacher Parteitag der SPD	S. 5
Programm der Gewerkschaftsspalter	S. 7

Ein Schritt zum Ständestaat

Zum Vorschlag eines Mittelstandsministeriums

-dt. Die DP-Fraktion hat im Bundestag einen Antrag eingebracht, wonach einer der vier Minister "für Sonderaufgaben", zum Minister für den Mittelstand ernannt werden soll.

-- Dieser Antrag krönt eine Reihe von Versuchen, die in den letzten Monaten unternommen worden sind, um es den Kreisen um den sich als Vorkämpfer des Handwerks aufspielenden DP-Abgeordneten Dr. Schild zu ermöglichen, irgend etwas In-die-Lagen-Fallendes für den sogenannten Mittelstand zu tun. So hörte man im Juli in Bonn von Plänen, alle Mittelstands-Referate zu einem Sonderdezernat zusammenzufassen oder einen Staatssekretär für Mittelstandsfragen zu ernennen.

Nach DP-Auffassung soll der Mittelstandsminister eine Art von "Querschnittsministerium" bilden und dafür sorgen, dass bei allen Gesetzentwürfen und Verwaltungsmaßnahmen die Belange des Mittelstandes berücksichtigt werden. Dass der unglückliche Sonderminister auf dieser horizontalen Ebene schief zu liegen käme, kann man schon aus der frostigen Ablehnung ersehen, auf die bisher im Kabinett alle Versuche stießen, ein Staatssekretariat oder ein Sonderdezernat für den Mittelstand zu schaffen.

Für die Mittelstandsfreudigkeit der Regierung und ihrer Parteien nur ein Beispiel aus jüngster Zeit: Während der Haushaltsdebatte im April stellten einige Koalitions-Abgeordnete einen Antrag auf Bewilligung von Mitteln zur Gewerbeförderung. Im Plenum erklärte die sozialdemokratische Fraktion ihr Einverständnis. Der Antrag wurde aber mit den Stimmen der Regierungsparteien abgelehnt - der Herr Finanzminister hatte sich dagegen ausgesprochen.

Ein Mittelstandsministerium? Es sind ja sogar Bestrebungen im Gange, dem Mittelstandsausschuss des Bundestages seine Gleichberechtigung mit den anderen großen Bundestags-Ausschüssen zu nehmen und ihn zu einem Unterausschuss des Wirtschaftspolitischen Ausschusses zu machen, weil die Mitglieder des Mittelstandsausschusses doch nur Sonderinteressen verfolgten....

Die DP-Fraktion hat ihren Antrag mit der Auffassung populär zu machen gesucht, dass ein Mittelstandsminister genauso zeitmäßig und notwendig sei wie ein Familienminister! Dr. Schild mag den Zeitpunkt mitten in der allgemeinen Restaurierung für günstig halten, aber "zeitgemäß" ist der Schritt in Richtung Ständestaat, den er mit seinem Querschnittsministerium tun will, deswegen noch lange nicht. Die Entwicklung ist längst über die Stände hinausgegangen. Wie unzeitgemäß eine Ständepolitik ist, wird gerade in diesem Augenblick deutlich, in dem das Statistische Bundesamt seine Zahlen veröffentlicht, nach denen 95 % aller Einkommensbezieher in der Bundesrepublik ein Monatseinkommen von weniger als 500,- DM haben. Nach denen es also einen Mittelstand kaum noch gibt!

Vielleicht stehen der Zeitpunkt der Veröffentlichung dieser Zahlen und der des DP-Antrages sogar in ursächlichem Zusammenhang. Den kleinen und mittleren Selbständigen soll Sand in die Augen gestreut werden. Zu einer wirklichen Mitbestimmung in der Wirtschaftspolitik sollen sie nicht zugelassen werden. Und das "Mittelstandsministerium" soll die Fassade bilden, hinter der nach wie vor das Großkapital einzig und allein zum Zuge kommt.

Sünden der Söhne und Sünden der Väter

PE - Rom, Anfang August

Kürzlich ist im Zentrum Roms ein im Umbau begriffenes, grosses Haus eingestürzt, wobei es einige Todesopfer und zahlreiche Schwerverletzte gab. Die Polizei verhaftete an Verantwortlichen an dem Unglück den Bauunternehmer und den Leiter der Umbauarbeiten, Ingenieur Gaetano Rebecchini.

Dieses Ereignis der römischen Lokalchronik würde es gewiss nicht verdienen, in einem politischen Bericht erwähnt zu werden, wäre nicht der verhaftete Ing. Rebecchini der Sohn des Oberbürgermeisters von Rom. Damit hat es sich zum dritten Mal innerhalb der letzten Monate zugetragen, dass der Sohn einer prominenten Persönlichkeit der Democrazia Cristiana in eine unerfreuliche Skandalaffäre verwickelt worden ist.

Bekanntlich wurde ja die Affäre Montesi in erster Linie dadurch zu einem Skandal grössten Ausmaßes, dass man vielfach versucht hat, Piero Piccioni, den Sohn des italienischen Außenministers, mit den rätselhaften Vorgängen um das in Ostia tot aufgefundene junge Mädchen in Zusammenhang zu bringen. Piero Piccioni wurde offen beschuldigt, am Tode Wilma Montesis schuld zu sein, man zieht ihn dunkler Rauschgiftaffären und konnte tatsächlich nachweisen, dass er zu dem Abenteuerer und vorbestraften Emporkömmling Ugo Montagna in engen freundschaftlichen Beziehungen stand.

Die von der Regierung eingeleitete Untersuchung der Querverbindungen zwischen Ugo Montagna und einflussreichen Personen des öffentlichen Lebens hat auch den Sohn des langjährigen christlich-demokratischen Ministers Spataro erheblich kompromittiert. Diesen beiden Fällen reiht sich jetzt die Angelegenheit Rebecchini an. Auch diesmal handelt es sich um den Sohn einer christlich-demokratischen Parteigrösse, und die von der Polizei gegen ihn erhobene Beschuldigung der grossen Fahrlässigkeit, die mehrere Todesopfer gefordert hat, ist bestimmt nicht auf die leichte Schulter zu nehmen.

Auf den ersten Blick scheinen die drei Affären wenig miteinander gemein zu haben, und doch liegt ihnen allen dieselbe Situation zugrunde. Der junge Piccioni, der junge Spataro und der junge Rebecchini haben, jeder auf seinem Gebiet, eine ungewöhnlich rasche und erfolg-

reiche Karriere gemacht, Piccioni als Dirigent einer Jazzkapelle beim Rundfunk, Spataro als Häusermakler, Rebecchini als Baukonstrukteur. Es darf wohl sehr bezweifelt werden, ob sie diese Karriere ausschließlich ihren persönlichen Fähigkeiten zu verdanken haben oder vielmehr dem politischen Einfluß ihrer Väter.

Dabei mag es durchaus sein, dass sich die Gerüchte, Piero Piccioni sei am Tode Wilma Montesis schuld und habe mit Rauschgift zu tun gehabt, als unhaltbar erweisen. Aber dass solche Gerüchte überhaupt auftauchen und Glauben finden konnten, wirft doch ein recht bedenkliches Licht auf die Lebensführung dieses jungen Mannes, der offenbar wenig Sinn für die Verpflichtungen moralischer Art entwickelt hat, die ihm seine Stellung als Sohn des amtierenden Außenministers hätte auferlegen müssen.

Und wenn Spataro Junior mit Herrn Ugo Montagna Realitätengeschäfte gemacht hat, so scheint dies ausschließlich darum bedenklich, weil es sich eben hier um den Sohn eines der - bis gestern - mächtigsten und einflussreichsten christlich-demokratischen Politiker gehandelt hat. Die Einsturzkatastrophe in Rom schließlich hat die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit auf die Tatsache gelenkt, dass der kaum dreißigjährige Sohn des Oberbürgermeisters der Ewigen Stadt mit Bauaufträgen überhäuft ist, die ihm wohl in erster Linie deswegen erteilt wurden, weil der Vater dem Sohn manche administrative Erleichterung zukommen lassen konnte.

Alle diese drei Fälle stellen keineswegs Ausnahmen von der Regel dar, sondern die Regel selbst. Heute genauso wie zu den Zeiten der päpstlichen Herrschaft gilt die Sorge eines jeden italienischen Politikers, der zu Einfluß und Macht gelangt, zu allererst der "Unterbringung" seiner Verwandtschaft, der Söhne, Neffen und Schwiegersöhne. Es ist bestimmt kein Zufall, dass die neuen, jüngeren und reformfreundigen Elemente der Democrazia Cristiana, die auf dem jüngsten Kongress die Führung der Partei an sich gerissen haben, sowohl Piccioni wie Spataro demonstrativ beiseitegeschoben und nicht wieder in den Parteivorstand gewählt haben. Die "Neue Garde" um Amintore Fanfani wollte damit ihre Absicht bekunden, sich von den Exponenten jener "Hausmachtspolitik" zu distanzieren, von jener wenig sauberen Verquickung zwischen politischen Machtpositionen der Väter und allzurascher Bereicherung der Söhne, die dem Ansehen der Democrazia Cristiana im ganzen Lande unendlich geschadet hat:

Die Geburtsstunde der Sozialdemokratie

Von Dr. Klaus-Peter S c h u l z

Mit Recht betrachtet seit langer Zeit die deutsche Sozialdemokratie den 23. Mai 1863, den Gründungstag des von Lassalle inspirierten "Allgemeinen deutschen Arbeitervereins", als ihr eigentliches Geburtsdatum. Offiziell hat sie aber erst sechs Jahre später das Licht der Welt erblickt. Genau betrachtet, war die "Sozialdemokratische Partei" sogar das Ergebnis einer Spaltung der jungen deutschen Arbeiterbewegung, einer Spaltung allerdings, die tief und unvermeidlich in ihren Ursprüngen wurzelte. Ihre Einheit konnte später erst machtvoll in Erscheinung treten, als die Ursachen ihrer voraufgehenden Zerklüftung auf eine ganz natürliche Weise, nämlich durch die Wucht der Zeitverhältnisse, überwunden wurden.

Vor genau 85 Jahren, vom 7. bis 9. A u g u s t 1869, trat in E i s e n a c h ein Kongress aller "Sozialisten deutscher Sprache" zusammen, um den Versuch zu machen, die beiden unabhängig voneinander entsprungenen Quellen der deutschen Arbeiterbewegung - von Flüssen oder gar Strömen konnte damals noch keinesfalls die Rede sein - in ein gemeinsames Bett zu lenken. Zur Freude ihrer Gegner hatte die deutsche Arbeiterklasse die ersten Jahre ihrer organisatorischen Existenz vornehmlich damit zugebracht, sich selbst in ihren verschiedenen Richtungen und Gruppierungen zu beschimpfen. Aus diesem Grunde erstarkte sie auch erst vom Jahre 1875 ab, als die Vereinigung in Gotha unwiderruflich vollzogen wurde, zu einem ernstgenommenen und bald auch gefürchteten Faktor. Dennoch sind die zwölf voraufgegangenen Jahre der inneren und geistigen Klärung keinesfalls als eine verlorene Epoche zu betrachten, über die des Sängers Höflichkeit heute lieber schweigen sollte. Im Gegenteil, die Vielfalt des Strebens, die Unermüdlichkeit des Ringens und die Schärfe der Gegensätze, die die Sozialdemokratie zu allen Zeiten bis heute charakterisiert haben, standen schon Pate an der Wiege der deutschen Arbeiterbewegung. Die im Jahre 1875 vollzogene Einigung hat diese Vielfalt nur fruchtbar und wirksam gemacht, aber nicht aufgehoben.

Der Mann, der der sozialistischen Idee in Deutschland ihren Lebensatem einhauchte, ist zweifellos der unsterbliche Ferdinand Lassalle gewesen. An dem sterblichen Gründer des "Allgemeinen deutschen Arbeitervereins" haftete jedoch viel Menschlich-Allzumenschliches, das seine Zeitgenossen abstieß und in Opposition zu ihm brachte. Der Allgemeine deutsche Arbeiterverein entwickelte sich unter einem Statut, das dem "Präsidenten" fast diktatorische Vollmachten verlieh, nur sehr zögernd. Außerdem hat Lassalles frühzeitiger und gewaltsamer Tod eine gründliche Selbstverständigung darüber verhindert, ob seine Vorstellung eines Kampfes der Arbeiterklasse gegen die im Bündnis mit der preußischen Staatsbürokratie stehende Bourgeoisie wirklich zukunftsverheißend war.

Jedenfalls traten die Mitglieder der unter liberalem Einfluß entstandenen Arbeiterbildungsvereine, die sich später, als sie an Selbstbewußtsein erstarkten, zum "Verband deutscher Arbeitervereine" zusammenschlossen, zu den Plänen Lassalles bald in einen scharfen, wenn auch zunächst mehr instinktiven Gegensatz. Dieser Gegensatz nahm an Schärfe und Bestimmtheit zu, als der aus den Arbeiterbildungsvereinen hervorgegangene August Bebel Kontakt mit Wilhelm Liebknecht fand und beide das Prinzip der von Marx übernommenen Internationalität dem vorwiegend deutschen Programm des Lassalleschen Arbeitervereins entgegenstellten.

Der Eisenacher Kongreß im Jahre 1869 war als ein Versuch der gegenseitigen Aussöhnung gedacht. nahm aber, da die Zeit für eine echte Verständigung noch nicht reif war, durchaus keinen erhebenden Verlauf. er war von gegenseitigen Beschuldigungen gekennzeichnet. Ein bedeutsamer Fortschritt konnte aber insofern in Eisenach erzielt werden, als sich die bis dahin selbst noch getrennt marschierenden Anhänger Bebels und Liebknechts zur "Sozialdemokratischen Partei" vereinigten und damit von jeder bürgerlichen Bevormundung lossagten. Seitdem also gab es ganz offiziell zwei feindliche Brüder, die "Lassalleaner" und die "Eisenacher". Aber Mehring hat recht, wenn er den Vorzug einer Entscheidung hervorhebt, die "zwei kraftvolle Organisationen schuf, die, sobald die historische Entwicklung die wirklichen Hindernisse der Einigung beseitigt hatte, einen Frieden schließen konnten, bei dem es keine Sieger und keine Besiegten gab."

"Aufklärungs-Broschüre"

sp - Das jetzt fast verstumme öffentliche Gespräch über die Spaltung des Deutschen Gewerkschaftsbundes sollte nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Wähler nach wie vor am Werke sind. Bester Beweis dafür dürfte die kürzlich erschienene Broschüre "Der Weg von unten" sein, die ein genaues Programm der Spaltung der deutschen Einheitsgewerkschaften enthält. (In der Broschüre heißt es übrigens, sie sei nicht zur öffentlichen Diskussion, bestimmt ist; aber man kann sie zum Preise von 2,- DM in Essen bestellen; der Herausgeber wird als nicht für den Inhalt verantwortlich bezeichnet und der Autor erscheint unter dem rätselhaften Pseudonym "L e s i u s"...)

Trotzdem ist es ziemlich klar, aus welcher Ecke der Wind weht, denn die Geleitworte stammen von A. REIL, dem Zentralsekretär des christlichen Metallarbeiterverbandes der Schweiz, dem Generalsekretär des Internationalen Bundes der christlichen Gewerkschaften August van ISTENDAEL, und schließlich von Bernhard Winkelheide, der nach dem 6. September 1953 einer der größten Scharfrichter zur Spaltung der Gewerkschaften war.

Den Inhalt auf einen Nenner gebracht, bedeutet die Schrift: ein Leitfaden zur Bildung "christlicher" Gewerkschaften und zur Spaltung der Einheitsgewerkschaften. Interessant ist dabei vor allem die zur Begründung herangezogene Feststellung, dass eine "erfolgreiche Gewerkschaftspolitik eine rechtliche, tatsächliche und bewußtseinmäßige Übereinstimmung der gewerkschaftlichen Grundforderungen mit den tragenden Einrichtungen der öffentlichen Meinung in Staat, Kultur, Wirtschaft und übriger Gesellschaft unbedingt notwendig" macht. Allein dieser Satz dürfte zeigen, dass Zweck und Ziel der beabsichtigten Neugründung eine Gleichschaltung der gewerkschaftlichen Kräfte mit den heute massgebenden Regierungsansichten in der Bundesrepublik ist. Wer weiterhin zum Grundsatz der Lohnpolitik erhebt, dass der Ausschluss von Arbeitskämpfen durch verbindliche Schiedssprüche Ziel der Tarifpolitik sein soll, der hat sich völlig von gewerkschaftlicher Lohnpolitik entfernt und propagiert, ob er es wahrhaben will oder nicht, die Zwangsschlichtung mit all ihren verhängnisvollen Folgen.

Schließlich ist es interessant, zu wissen, auf welchem Wege man zur Gründung sogenannter christlicher Gewerkschaften kommen will. Es wird der Abschluß von Tarifverträgen mit einzelnen Industriegruppen, oder, wenn das nicht möglich ist, mit einzelnen Betrieben empfohlen, die als Tarifvertragspartner und auf diesem Wege auch als Organisation anerkannt werden sollen. Man empfiehlt weiter der Bundesregierung, durch eine Rechtsverordnung - nicht etwa durch Gesetz - das Mitbestimmungsgesetz so zu "verdeutlichen", dass auch die christlichen Neugründer in den Aufsichtsräten vertreten sein können.

Eine Broschüre, wie man sieht, der man das Beiwort "aufklärend" nicht versagen kann. Denn nun bleibt kaum noch etwas unklar aus der Vorstellungswelt der Gewerkschaftsspalter.

Verantwortlich: Peter Raunau